

LH
114
2.Ex.

LH 114+1

Die
Lippische Thronfolgefrage
und
andere öffentliche Angelegenheiten
des Lippischen Staates

(Rechtsanwalt **Alsemissen** in Detmold.)

Im Selbstverlage des Verfassers.

1884.

Druck von F. L. Wagener, Lemgo.

LH 114 +1

2. Ex.



SH 1971/133 X

Die Weserzeitung Nr. 13465 schreibt, es habe zwischen dem jüngst verstorbenen Prinzen Hermann zur Lippe und seinem Bruder, Sr. Durchlaucht dem Fürsten zur Lippe, kein besonders intimes Verhältniß bestanden. So viel hier bekannt, beruht diese Angabe auf Wahrheit. Der verstorbene Prinz befand sich in der Stellung eines nachgeborenen Prinzen und hatte während seines Lebens die Folgen dieser zu tragen. Ein lippischer Prinz bezieht 3000 Thaler Apanage. Diese Summe hat offenbar nicht ausgereicht, um dem Prinzen eine selbstständige Lebensstellung zu verschaffen. Mitten in der Vorbereitung im diplomatischen Dienste kehrte der Prinz nach Detmold zurück und es verbreitete sich bald das Gerücht, er befinde sich in großer Bedrängnis. Während über den gleichfalls nach Detmold heimgekehrten jüngeren Prinzen Alexander förmlich der Konkurs erkannt wurde, gelang es dem Prinzen Hermann, außergerichtlich seine Verhältnisse zu ordnen. Beide Prinzen lebten dann in sehr einfacher Weise und beschränkten sich in ihren Ausgaben in einer oft das Publikum überraschenden Weise. Einmal benutzten sie einen ganz außerordentlich schlechten Schlitten (sog. Düngerschlitten) des Posthalters in Detmold, als sie eine Ausfahrt machen wollten. Hofschlitten waren ihnen verweigert. Der Prinz Alexander zog dann bald nach Bayern, wie es verlautete, in eine Heil-Anstalt. Der Prinz Hermann lebte im väterlichen Schlosse in Detmold in ruhiger, eingeschränktester Weise und nahm am öffentlichen Leben keinen Antheil, wenigstens ist hiervon Nichts bekannt geworden. So oft der Prinz mit Menschen in Berührung kam, was selten erfolgte, zeigte er sich freundlich, leutselig und sehr liebenswürdig. Allgemein wurde der Prinz geachtet und als die einzige, wenn auch nur unklare und unsichere Hoffnung des Lippischen Völkchens betrachtet. Es war die Ansicht verbreitet, der Prinz sei sehr begabt, vom besten Willen beseelt und theile keineswegs die Ansichten des Detmolder Hof-Publikums und besonders nicht der herrschenden Beamten und Geistlichen. Zuweilen wurden Aeußerungen des Prinzen bekannt, des Inhaltes: Er huldige nicht den Anschauungen längst verschollener Zeiten und würde dem Zeitgeiste Rechnung tragen. Die schlichten, klaren und verständigen Ansichten des Prinzen

paßten nicht zu den Kindern der Reaktion und der krassesten Orthodoxie. Er wurde als ächter, voller Enkel der Fürstin Pauline bezeichnet.

Sehr beklagenswerth war es, daß es dem hohen Verstorbenen nicht vergönnt war, das zu erringen, was der Geringste sich erkämpfen kann, eine selbstständige Stellung und eine freie Unabhängigkeit. Seine Lage setzte ihm Schranken und beengte ihn in seinen Handlungen, seine Mittel waren trotz des enormen fürstlichen Vermögens sehr geringe, kaum ausreichend zur Bestreitung von Bedürfnissen seiner Stellung und der damit verbundenen unvermeidlichen Repräsentation. In der von ihm betretenen diplomatischen Karriere treten an jeden Beamten und namentlich an einen Prinzen aus fürstlichem Geblüte hohe Anforderungen und zahllose Versuchungen zu Geld-Ausgaben. Es ist kaum möglich, diesen zu entgehen. Vielfach wurde es bedauert, daß der Prinz nicht in der Lage gewesen sei, die begonnene Laufbahn zu vollenden und daß ihm später, als er zur Ruhe und Sicherheit in seiner Lebensführung gelangt war, nicht die Mittel zur Gründung eines eigenen Hausstandes gegeben waren. Noch bedauerlicher war es, daß der Prinz von der Theilnahme an öffentlichen Dingen ausgeschlossen blieb. Es fehlte im Lande nicht an Schlössern und herrlichen Gütern und noch weniger an Gelegenheit zu einer befriedigenden Thätigkeit für einen klaren, besonnenen, liebevollen Mann. In der Person des Prinzen stand kein Hindernis gegen früher beobachtetes Verfahren entgegen. Früher residierten bekanntlich die nachgeborenen Prinzen auf den Schlössern des Landes und vermittelten zwischen dem Landesherrn und der Bevölkerung namentlich in solchen Fällen, in denen die Beamten nach Stellung und Einfluß dazu nicht geeignet waren. Leider haben dies gerade Beamte unmöglich gemacht und dadurch dem Ländchen vielen Schaden zugefügt. Es mag immerhin nicht zweckmäßig sein, die nachgeborenen Prinzen zu hohen Staatsämtern in ihrer Heimath zu berufen, indes es ist sicherlich nicht gerechtfertigt, sie überhaupt und namentlich die Erbprinzen, ganz von der Theilnahme am politischen Leben auszuschließen. Namentlich die Entwicklung des Vaterlandes zu fördern, sollte Jedem gestattet sein und sich auch für die Glieder der herrschenden Häuser ein geeignetes Arbeitsfeld bieten. Die Kleinstaaten erfüllen ihre Aufgabe nicht voll und ganz, wenn sie mangelhafte Zustände aufkommen lassen, irgend einen ihrer Söhne in nicht normale Verhältnisse drängen und nicht rechtzeitig für die Thätigkeit der Staats-Organen nothwendige und nützliche Vorkehrungen vorbereiten. Die Stellung der Erbprinzen und deren Unterhaltung gehört hierher. Wenn die Prinzessin Louise zur Spitze aus ihren Einkünften aus früherem

Klostergute und die Landesvertretung dem jetzigen Landesfürsten als Erbprinzen Mittel zur Gründung eines eigenen Hausstandes bewilligt haben, so wurde damit einem allgemeinen Gebrauche Rechnung getragen. Es geschah dies zu einer Zeit, als Domanium und Staatsvermögen noch nicht getrennt waren. Jetzt läge eine entsprechende Verpflichtung auf dem Domanium und es wäre geradezu unmöglich, Steuern hierzu aufzubringen. In einem Erlasse Fürstlicher Rentkammer an Fürstliche Regierung vom 9. September 1842 heißt es wörtlich:

„Es beruht auf hiesiger alter Verfassung, daß der hohe Landesherr aus seiner Kammer-Kasse nicht nur die Kosten der Hofhaltung, sondern auch die Lasten der Landesverwaltung trägt, daß aber das Land Höchstdemselben dabei nach Bedürfnis zu Hülfe kommen muß.“

Es ist hinlänglich bekannt, daß der Landesfürst ohne Kinder ist und daß seine Gemahlin sehr reich ist, daß also reichliche Mittel vorhanden sind. Es lag sicherlich zu Lebzeiten des verstorbenen Erbprinzen kein Bedürfnis zur Hülfeleistung auf Seiten des Landes und hatte dies auch nicht einmal Mittel zu solchen Zwecken. Es ist bislang nicht aufgeklärt, weshalb der hohe Verstorbene nicht als Erbprinz dieselben Einnahmen bezogen hat, welche Sr. Durchlaucht in gleicher Lage bekommen hat. Es ist auch heute die Frage noch von größter Bedeutung: Wer hätte eventuell einem Erbprinzen die Mittel zur Gründung eines eigenen Hausstandes zu zahlen?

Es wäre ja zu wünschen, daß die Frage der Erbfolge bald entschieden und eventuell der erberechtigte Nachfolger Sr. Durchlaucht des Fürsten veranlaßt würde, sich mit hiesigen Verhältnissen bekannt zu machen. Es wäre sicherlich höchst bedauerlich, wenn ein Fremder unvorbereitet vor eine an sich gewiß recht schwierige Aufgabe träte und wenn der Erbprinz nicht vertraut gemacht würde mit dem Leben des Lippischen Volksstammes und seinen charakteristischen Neigungen, Bedürfnissen und berechtigten und unberechtigten Eigentümlichkeiten. Den herrschenden, auf ihren Einfluß sehr bedachten und bekanntlich sehr mächtigen Beamten würde es zwar voraussichtlich nicht erwünscht sein, wenn ein anerkannter und offiziell eingeführter oder durch Gesetz berufener Erbprinz sich hier niederließe, vielleicht ihrem so außerordentlichen Einflusse Abbruch thäte und Se. Durchlaucht in Freud und Leid mit Rath und That zur Seite stände, indes gebietet das Interesse der Bevölkerung, daß Klarheit geschaffen und daß ein zweckmäßiger Uebergang vorbereitet wird. Der Tod ist unerbittlich und lichtet so oft unerwartet die Reihen, daß es gerade im Angesichte des Todes eines Erbprinzen geboten scheint, soweit menschliche Kräfte dies vermögen, ernstliche Vorbereitungen für die fernere Thätigkeit der Staats-Organen zu treffen.

Die Lippische Bevölkerung hat ganz besondere Veranlassung, diesen Fragen näher zu treten. Es handelt sich in Zukunft nicht allein um die Fortführung der laufenden Geschäfte, sondern besonders um eine Herstellung normaler, klarer Verhältnisse, eine Ausöhnung der Bevölkerung mit der Staatsregierung und überhaupt Neugestaltung kaum beschreiblicher Zustände. Es sind seit einem Menschenalter die erbittertsten Kämpfe zwischen der Bevölkerung und der Staatsregierung geführt und zeitweise ist es darin zu Vorgängen gekommen, welche einzig in ihrer Art dastehen. Fragt man nach den Ursachen, so wird die Antwort nicht schwer werden, wenn der Wahrheit die Ehre gegeben wird. Ueberall wird gekämpft und Unfrieden schafft feindliche Parteien zwischen den nächsten Verwandten und Freunden. Wir können oben anfangen und unten aufhören. Bekanntlich bestand zwischen dem jetzigen Fürsten und dessen Rechtsvorgänger ein so gespanntes Verhältniß, daß die Familien überhaupt zeitweise nicht mit einander verkehrten. Wer hat diesen Zwiespalt genährt und geschürt? Melm in seinem Berichte „Ueber sein Verhalten und das Verfahren gegen ihn“ bringt Seite 141 einen Abdruck eines Schriftstückes, welches klärend die Absichten Lippischer Staatsdiener und Seelsorger in's rechte Licht stellt. Ein Abdruck dürfte jetzt recht zeitgemäß sein.

Sa leider ist es zu wahr, daß Diener des Staates und der Kirche den Unfrieden so oft als die Staffel ihres Verdienstes benutzt haben und daß sie als Schutz des Staates, des Thrones und der Kirche sich gerierten, während sie ihrer eigenen Selbstsucht fröhnten. Der Kampf gab ihnen Gelegenheit, sich als Schild und Schirm bewundern zu lassen. Sene Biedermänner, von denen der Volkswitz sagt, „sie wollten den Prinzen todt beten“, hüllten sich in den Mantel der Tugend und duldeten nicht, daß das „Erhabene in den Staub gezogen wurde“.

Von Hannibal Fischer (Flotten-Fischer) bis in die jüngste Vergangenheit wurden von berufenen und unberufenen Schützern des angestammten Fürstenhauses diesem mehr Feinde geschaffen, als ein noch so mächtiger Feind um sich hätte sammeln und erhalten können. In keinem Staate ist eine so widerwärtig düsterhafte Sprache gegenüber der Bevölkerung von Männern geführt, welche vollste Veranlassung hätten, bescheiden und demüthig ihres Dienstes zu walten. Jeder der als Staatsverräther verschrieenen Lipper wird ganze Sammlungen*) solcher Ergüsse von Bosheit, Sämmlichkeit, ja Feigheit aufzeigen können. Es ist ja für viele Männer eine Nothsache, daß sie von Zeit zu Zeit einen vermeintlichen Staatsfeind aufspüren

*) Einige Proben werden nächstens veröffentlicht werden.

verdächtigen, anklagen und dann ihre Verdienste bei dem Kampfe gegen den Erbfeind so glänzend darstellen, bis sie ein neues Stück Blech am bunten Bändchen als äußeres Symbol des von ihnen geredeten oder geschriebenen Blechs tragen können. Ja es ist eine schöne Sache „um das todt beten.“

Die Ergüsse des „heiligen Ottilius“ im Volksblatte sind klassische Belege bissiger, gehässiger, leidenschaftlicher Angriffe auf die Bösen und Bertheidigungsreden des bedrohten Staates. Es ist für „Erhaltung oder Herstellung christlicher Ordnung in Kirche und Schule“ manches Glas Tinte mit spitzer Feder versprüht und sind die dem modernen Heiligen zunächst stehenden weidlich beschmutzt. Ja die Tinte dieses Mannes hat Wunder bewirkt und da Unfrieden hervorgezaubert, wo alle Kunst des Wunderdoktor Laurentius Hannibal Fischer nichts schaffen konnte.

So ging es früher und so wird es ferner noch oft gehen, nachdem ein Riß im Verhältnisse zwischen den Nachkommen der Fürstin Pauline von dienenden Männern geschaffen und von solchen erhalten ist.

Es ist durchaus nicht befremdlich, daß das bekannte An-sinnen, den Bart abzuschneiden, gestellt ist. Dies beweist nur, daß die Achtung nicht hoch sein kann. Der freie Nachkomme der Cherusker hat eine natürliche Abneigung gegen Männer, denen eine Zumuthung gemacht werden kann, welche den Ausdruck tiefster Verachtung enthält. Wie steht es auch in Wirklichkeit mit der geistigen Unabhängigkeit eines solchen Mannes. Schon das bekannte Lied rühmt spottend von Sena: „und den Bart sich lassen wachsen, wie ein Feder will und kann.“

Die Bart-Ordnungen sind als unvereinbar mit modernen Anschauungen längst veraltet und der Begriff der Freiheit des Mannes ist unvereinbar mit Forderungen, welche die menschliche Person in irgend einer Weise so berühren, daß Ungleichheit vor dem Gesetze die Folge davon ist. Läßt sich ein Mann eine Aufforderung gefallen, welche einen Eingriff in seine höchst persönlichen Rechte und besonders des der freien Verfügung über seinen Körper enthält, so beweist er, daß er zur Unfreiheit, zur Sklaverei hinabgesunken ist. Seine Stellung ist erschüttert und wird unhaltbar für ihn und seine Untergebenen, welche nicht etwa knechtische Gesinnungen hegen. Er steht unter dem Drucke, daß nächstens von ihm verlangt werden kann, die Narrenkappe aufzusetzen. Von keinem Staatsbürger kann kraft Gesetzes gefordert werden, was von ihm verlangt ist und er ist also abhängiger, als der geringste freie Bettler. Solche Vorgänge mahnen zum Nachdenken namentlich darüber, von welcher Seite die Bevölkerung eine im Interesse der Volks-

wohlfahrt thätige Hülfe zu erwarten hat. Geistige und materielle Unabhängigkeit der Staatsbürger ist die Aufgabe moderner Staaten und diese sucht man vergeblich bei Männern in vollständig abhängiger Stellung.

Es liegt in der Vergangenheit eine ernste Warnung, rechtzeitig und fest der Frage der Erbfolge entgegenzusehen. Der Blick in die nächste Zukunft bietet bislang nichts Erfreuliches. Der einzige Bruder Sr. Durchlaucht soll, wie Zeitungen behaupten, nicht fähig zur Erbfolge sein. Weshalb? Der erkannte Konkurs ist kein Hindernis. Weitere zuverlässige Nachrichten über die Gründe jener Behauptung sind nicht allgemein bekannt geworden und die früher verbreiteten Gerüchte sicherlich nicht geeignet, Berücksichtigung zu verdienen. Als der Prinz Alexander Lippe verließ, wurden mancherlei Aeußerungen von Beamten verbreitet, indes fanden diese im Allgemeinen weniger Glauben, als gewünscht wurde.

Jetzt ist es an der Zeit, den Schleier zu lüften und der nächste Landtag wird sich dieser Aufgabe nicht entziehen können. Ein wahrer Freund seiner Heimath dürfte sich nicht scheuen, Aufklärung zu fordern und dem Lande Gewißheit zu verschaffen. Dies gebietet schon ein Blick auf die Lage der Verhältnisse, falls Sr. Durchlaucht Prinz Alexander etwa nicht zur Regierung gelangte.

Mit Rücksicht auf die Streitfrage, ob Lippe-Biesterfeld oder Schaumburg-Lippe zunächst erberechtigt und zur Thronfolge berufen sind, ist eine baldige Entscheidung bezw. Regulierung im Wege der Gesetzgebung nothwendig. Durch letztere kann sicherlich eine vorläufige Ordnung geschaffen und dadurch weiterer Verwirrung im Falle eines Prozesses u. s. w. vorgebeugt werden. Jedem Manne wird bei reiflicher Ueberlegung ein Regentschafts-Gesetz nach modernen Grundsätzen als eine Nothsache erscheinen.

Soweit bekannt sprechen sich auch hiesige namhafte Juristen und Kenner der Lippischen Geschichte zu Gunsten der Erbberechtigung der Linie Lippe-Biesterfeld aus. Verschiedene Universitäts-Professoren haben dies bereits gethan z. B. Zoepfl, Zachariä und Schulz.

Wenig Anziehendes bieten für das Lippische Völkchen die Bückeburger Zustände und der bekannte Beamtenkampf gegen jegliche freisinnige Strömung.

Wenn der Lippische Landtag in der Erbfolge- oder Regentschafts-Angelegenheit gefragt werden müßte, so würde es mindestens zweifelhaft bleiben, ob bei jetziger Lage der inneren Politik des Reichskanzlers sich eine Neigung in der Richtung zeigen würde, wie sie früher im bedeutenden Umfange vorhanden war, ein

Aufgeben der Selbstständigkeit zu bewirken. Der Partikularismus findet in der augenblicklich reaktionären Politik seine beste Stütze. Die Lippische Bevölkerung hat zwar an sich wenig Veranlassung, partikularistisch zu sein und wünscht sicherlich eine möglichst innige Unterordnung unter das Reich, eine Entwicklung seiner Bevölkerung und staatlichen Organe im Geiste echten deutschen Volksthum, trotzdem würde der Gedanke, die staatliche Selbstständigkeit aufzugeben, in weiteren Kreisen der Bevölkerung gerade jetzt wenig Anklang und nur im Falle der Fortdauer unerträglicher Zustände genügende Unterstützung finden. Die Reaktion zeigt dem Deutschen den mächtigen Rückhalt in der Selbstständigkeit seiner Glieder und den Schutz der Freiheit in der Autonomie seiner Partikularstaaten. Dem verspotteten Worte: „Hier hat Bismarck nichts zu sagen“ droht der Zusatz mit Rücksicht auf innere Politik: „Gott sei Dank!“ Gerade die Nachkommen der Cherusker kennen das Bedürfnis der Einigkeit der Deutschen und den Werth der Freiheit. In keinem Staate kann der nationale Aufschwung des deutschen Reichs freudiger begrüßt sein, als am Fuße des Hermanns-Denkmal. In den ältesten und jüngsten Zeiten deutscher Geschichte haben die Lipper die höchsten nationalen Güter zu würdigen vielfach Gelegenheit gehabt. Die jüngste Geschichte des Lippischen Städtleins ist reich an Leiden und seltsamsten Auswüchsen der Kleinstaatserei. Der Verfassungsbruch von 1852, Dr. Hannibal Fischer's Regiment, die widerrechtliche Besitznahme der Jagd auf fremdem Grund und Boden mit der damit verbundenen Schädigung der Gemeinden während 18 Jahre (nach heutigem durchschnittlichen ungefähren Erlöse aus dem Jagdpachtgeld zu 40,000 Mark gleich 720,000 Mark); die unerhörte Festnahme von 6 Jägern durch Soldaten; die Verurtheilung dieser zu schwerer Gefängnisstrafe, sowie die Unterlassung der Vollstreckung dieser Strafen; die einseitige, nicht entschuldigte Beseitigung des Weerth'schen Leitsadens und des alten Gesangbuches; die Herrschaft ausländischer Reaktionäre und krasser Orthodoxer, der Domanielhandel, die landtagslose Zeit von 1868—1876 und der unausgesetzte Kampf der Bevölkerung gegen Beamte und Geistliche bieten zahllose Schattenseiten der Selbstständigkeit eines Miniatur-Staates und doch ist der Individualismus der Deutschen so mächtig, daß er dieselben aus Angst vor einer zu starken Centralisation, vor der Vernichtung der Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit der Glieder und Gaue vergift. Gerade während der Regierung Sr. Durchlaucht des Fürsten Woldemar sind diese Charakter-Anlagen der Deutschen mächtig in Lippe bethätigt. Kaum waren mit dem Regierungsantritte die Worte erklingen:

„Es soll aber unser ernstes Streben darauf gerichtet sein, geordnete und friedliche Zustände im Lande herzustellen, und Wir hoffen, daß der brave Lippische Volksstamm in alter Treue Uns hierbei mit Vertrauen entgegen kommen wird“

so drängten sich von allen Seiten die Friedensbedürftigen heran. Des seligen Reichstags-Abgeordneten Hausmann Warnungen, den Lockungen der Beamten nicht zu voreilig und ohne genügende Sicherheit zu folgen, blieben trotz des großen Ansehens, dessen sich der Patriot erfreute, ohne Erfolg. Es trat ein Landtag zusammen und saßen darin zeitweise gleichzeitig sieben Juristen.

Noch im Landtags-Abschiede vom 3. Juni 1876 hieß es:

„Von Gottes Gnaden Wir, Günther Friedrich Woldemar, regierender Fürst zur Lippe, Edler Herr und Graf zu Schwalenberg und Sternberg u. s. w. haben aus der am 1. d. M. Uns überreichten unterthänigsten Erklärung getreuer Stände zu den vorgelegten Gesekentwürfen eines Wahlgesetzes für den Landtag, sowie eines Gesetzes, die Zusammenfassung und die Ausübung der Rechte des Landtages betreffend, zu Unserer größten Befriedigung entnommen, daß getreue Stände das von Uns in sie gesetzte Vertrauen vollständig gerechtfertigt haben und Unserem Bestreben, durch Einführung eines den jetzigen Verhältnissen des Landes entsprechenden Wahlgesetzes für die Landesvertretung die Rückkehr zu friedlichen und geordneten Zuständen des Landes auf verfassungsmäßigem Wege anzubahnen, unter Aufgeben der ihnen nach der bisherigen Verfassung zustehenden Rechte mit demjenigen Patriotismus entgegengekommen sind, welchen Wir von Ihnen erwartet hatten.

Indem Wir dem Antrage getreuer Stände, den vorgelegten Gesetzen mit den vorgeschlagenen Abänderungen und Zusätzen Unsere Sanction zu ertheilen, hiermit entsprechen, haben Wir die Verkündigung jener Gesetze angeordnet und mit deren Ausführung unsere Regierung beauftragt.

Wir dürfen die Hoffnung aussprechen, daß nach nunmehriger Erledigung der bezüglich des Landtags-Wahlgesetzes obschwebenden langjährigen Streitfragen wieder ein einträchtiges Zusammenwirken zwischen Unserer Regierung und der Landesvertretung stattfinden und dadurch des Landes Wohlfahrt am besten gefördert werde.

Womit Wir denn, indem Wir den außerordentlichen Landtag für geschlossen erklären, getreuen Stände in Huld und Wohlwollen geneigt bleiben.

Detmold den 3. Juni 1876.

Woldemar, Fürst zur Lippe.
Efsenburg.“

Im Landtags-Abschiede vom 3. September 1877 finden sich schon Vorwürfe gegen die Landesvertretung und Anklänge tiefgehender Gegensätze. Es heißt darin z. B. Seite 69 des XVII. Bandes der Landes-Verordnungen:

„Daß der Landtag die weitere Vorlage wegen Entschädigung der Jagdberechtigten (mit Ausnahme des Landesherrn) für die Aufhebung des Jagdrechtes auf fremdem Grund und Boden abgelehnt hat, und damit der beabsichtigte Ausgleich für die nach Unserer Ueberzeugung ungerechte entschädigungslose Aufhebung eines bestehenden, durch altes Herkommen geheiligten Besitzes vereitelt ist, können Wir nur tief bedauern.“*)

Dieser seinem Inhalte und seiner Fassung nach nicht schöne, nicht das früher bewiesene Vertrauen in die Bevölkerung anerkennende Satz fand in weiteren Kreisen wenig Anklang und machte die Bevölkerung des Lipper-Ländchens recht bedenklich. Es kam hinzu, daß in den ersten Jahren der Regierung Sr. Durchlaucht gerade auf den Gebieten, auf welchen allseitig energische und umfangreiche Thätigkeit als Nothsache anerkannt war, sehr wenig geschah und ist dies ja auch später nicht erfolgt. Die vom Landtage 1876 beantragte Aenderung des Wahlgesetzes ist bislang nicht erfolgt, nachdem inzwischen die drückenden Gebäude- und Gewerbesteuern eingeführt sind. Fürstliche Regierung hat wiederholt den Grundsatz als richtig anerkannt: „Wer da thatet, soll auch rathen.“ Diese sonst echt deutsche Regel kommt in Lippe nicht praktisch zur Anwendung und liegt hierin ein wesentliches Hindernis normaler Entwicklung. Das Lippische Wahlgesetz theilt die Lippischen Wähler in drei Klassen, welche je sieben Abgeordnete wählen. Der ersten Klasse gehören etwa 200, der zweiten Klasse 2000, der dritten Klasse etwa 20,000 Wähler an. Jede dieser drei Wählerklassen bringt jetzt nicht mehr ein Drittel der Staatslasten auf, sondern tragen hiervon namentlich bei Berücksichtigung der indirekten Steuern die dritte Klasse fast die Hälfte, von dem Reste die zweite Klasse etwa zwei Drittel und das letzte Drittel die erste Klasse. Auch ohne Rücksicht auf die indirekten Steuern ist durch die seit 1876 eingeführten Lippischen Staatssteuern das Verhältniß der Klassen der Wähler zu ihren Leistungen bedeutend verschoben und würde namentlich bei gerechter Vertheilung der Steuerberechtigung die erste Klasse ganz erheblich an Wählern vermehrt und damit die Situation wesentlich im Interesse wahren Volksthum's verbessert werden. Eine Verfassung ist bis heute nicht einmal im

*) Geheiligt war der Besitz sicherlich nicht während der ersten Regierungszeit Sr. Durchlaucht des Fürsten Leopold, des Bruders Sr. Durchlaucht des Fürsten Woldemar, weil er damals überhaupt nicht bestand.

Entwürfe vorhanden und doch ist diese die erste Grundlage geordneter staatlicher Verhältnisse.

Die allseitig als erforderlich anerkannte Umgestaltung der Gemeindeverwaltung ist bislang nicht erfolgt und lastet gerade die auf diesem Gebiete herrschende Unvollkommenheit und Unzulänglichkeit der Gesetze gleich einem schweren Alp auf der Bevölkerung. Bis in die kleinsten Gemeinden hinein wird bitter über die trostlose Lage der Gemeinde-Verfassung geklagt und täglich treten schwere Mißstände hervor. Es ist nun gewiß einzig in seiner Art der Fall, daß wie hier Landtag und Regierung ein vollständiges Gesetz entworfen, vereinbart und bis auf die kleinsten Bestimmungen festgestellt haben, und dies trotzdem nicht als Gesetz verkündet wird. Der Bevölkerung ist es bis jetzt unmöglich gewesen, das in sie gesetzte Vertrauen besser als geschehen auf diesem Gebiete zu bewähren. Die Worte S. 507 Landes-Verordnung Band 16:

„Das vertrauensvolle Entgegenkommen, welches Uns Unsere Unterthanen bei Unserm Regierungs-Antritte gezeigt haben, das Uns so sehr erfreut und gerührt hat, läßt Uns hoffen, daß auf diesem, dem allein möglichen Wege bald geordnete Zustände zurückkehren und so Unser ernstes Streben ein erfolgreiches wird“, sind hier innerhalb 8jähriger Regierung leider nicht durch entsprechende Thatfachen gedeckt. Hier besteht eine tiefe Kluft zwischen den Wünschen Sr. Durchlaucht und denjenigen der Bevölkerung.

Die kirchlichen Angelegenheiten sind zwar durch Gesetze in einigen Beziehungen geordnet, indes stehen die bei der Bevölkerung nicht beliebten, mit dem Volkscharakter nicht einmal genügend bekannten ausländischen Beamten mit ihren orthodoxen Grundsätzen und einer oft krassen, unduldsamen Handlungsweise der bis 1860 nach den Grundsätzen der hochseligen Fürstin Pauline sowie der früheren Generalsuperintendenten von Cölln, Weerth und von Cölln jr. geleiteten und erzogenen Bevölkerung gegenüber. Es kommen dieser deshalb die Segnungen geordneter Zustände seltener zu Gute, als dies der Fall sein würde, wenn aus der hiesigen Bevölkerung hervorgehende, mit dieser verwachsene Beamte die Staatsgeschäfte auf kirchlichem Gebiete erledigten. Im Konsistorium sitzen ja drei Ausländer und nur ein Lipper, das Seminar leitet ein Ausländer und Ausländer haben überall den wichtigsten Einfluß in Kirchen und Schulen. In den letzteren sind während der letzten acht Jahre so viele und so erbitterte Streitigkeiten geführt, daß man auf diesem Gebiete von den Folgen der oben-erwähnten Worte Sr. Durchlaucht über das Friedensbedürfnis

wenig gemerkt hat. Der Herr Konsistorialrath Thelemann ist Bayer von Geburt und dem Charakter seiner Landsleute treu geblieben. Das Blut kreist in dem südlichen Landsmanne schneller, als in dem Lipper und führt zu Aeußerungen, denen der ruhige Norddeutsche staunend gegenübersteht. Der Herr Konsistorialrath zeigt nun wenig Neigung, sich in norddeutsche Lebensweise fügen zu wollen und verlangt ersichtlich daß sich die Lipper nach ihm richten sollen. Es kommt natürlich im Verkehre mit diesem Beamten zu scharfen Gegensätzen, noch schrofferen Meinungsverschiedenheiten. Es ist dies um so mehr zu bedauern, weil gerade auf dem Gebiete der Volksschule außer der Gehaltsverbesserung der Lehrer wenig geschehen ist. Die Landstände haben wiederholt eine Revision der Volksschulgesetze verlangt und dringend betont, daß ein Bedürfnis hierzu vorliege. In weiten Kreisen der Bevölkerung ist dies gebilligt und die Forderung gewiß auch durchaus zeitgemäß. Weshalb der Wunsch nicht erfüllt ist, bleibt um so befremdlicher, als doch dem von der Bevölkerung bewiesenen „vertrauensvollen Entgegenkommen“ naturgemäß eine Erfüllung berechtigter Wünsche entsprechen müßte.

Gerade auf diesen Gebieten besteht eine tiefe Kluft zwischen Staatsregierung und Bevölkerung und ist diese nur dann zu beseitigen, wenn eine Leitung der Geschäfte im Geiste des Lippischen Volksstammes und der Kleinstaaterei erfolgt. Dieser wird durch ein höchst persönliches Regiment der Mitglieder der Behörden unablässig und in geradezu unerklärlicher Weise Abbruch gethan. Jeder weiß, daß die wichtigsten Anordnungen, z. B. Schuldordnung, einseitig getroffen und ausgeführt werden. Die Mitwirkung der Gemeinden und Landesvertretung ist sehr unbedeutend und wird dadurch sehr oft vollständig hinfällig, weil die Lipper persönliche Abneigung gegen die p. Beamten hegen. Ein vertraulicher Verkehr mit diesen ist nicht möglich und wird höchstens von einigen unzuverlässigen schwachen Menschen gepflegt. Die auffällige Redeweise des Konsistorialraths Thelemann ist allgemein bekannt, und erinnert nicht an die feineren Seiten des Charakters seiner Landsleute.

Ferner ist die Landesvermessung und Grundbuch-Ordnung durchgeführt und damit für das Land eine Aenderung wesentlicher Uebelstände geschaffen. Gerade auf diesem Gebiete herrschten bis dahin geradezu trostlose Zustände und es war eines der dringendsten Bedürfnisse, die hervorgetretenen Uebel zu beseitigen. Die Aenderung hat zwar enorme Summen verschlungen, indes sind diese zum Besten der Gesamtheit als nothwendige Ausgaben gemacht und werden unfehlbar reichliche Zinsen tragen. Ohne solche Arbeiten konnte die Volkswohlfahrt nicht gedeihen.

Prüfen wir die Inhaltsverzeichnisse der Landesverordnungen seit 1876 bis 1884, so finden wir zwar noch manche nennenswerthe Gesetze und Verordnungen, indes es tritt uns ein recht empfindlicher Mangel darin hervor. Für Gewerbe und Industrie ist sozusagen Nichts geschehen und herrschen hier im Großen und Ganzen noch die alten, ja veralteten Zustände. Das Wort Ziegler kommt in den drei letzten Bänden der Landesverordnungen einmal bei Gelegenheit der Verleihung von Korporationsrechten an den Lippischen Zieglerverein vor und doch leben etwa 30—35000 Menschen fast ausschließlich von diesem Gewerbe, ja es hängt das Gedeihen des Landes davon in erheblichem Umfange ab. Die Ziegler sind die natürlichen Folgen der Finanzerei der Kammer und sollten deshalb besondere Günstlinge einer modernen Grundsätzen huldigenden Gesetzgebung sein. Diese fehlt leider in Lippe bis heute. Wie wenig die Segnungen der Gewerbe-Ordnungen sich zeigen und zur Geltung gelangen können, ist in besonderen Arbeiten von mir nachzuweisen versucht. Ja es sind die Lippischen Ausführungsverordnungen zur Gewerbe-Ordnung recht „farge.“ Es ist der alten Regalität der Gewerbe und deren heillosen Folgen noch wenig entgegengearbeitet. Die Fürstliche Rentkammer und Forstdirektion herrschen ungestört durch Wasserrechts-Ordnungen über die schönsten besten Wasserkräfte des Landes, als unumschränkte Herren. Leider entspricht der Machtsfülle nicht immer ein Verständniß für Volkswohlfahrt und die Bedürfnisse der Gewerbe und der Industrie. Auf diesem Felde liegt eine Hauptursache des Mangels am gewerblichen Leben und der Entfaltung der herrlichen Kräfte der Menschen und der Natur auf heimathlichen Gefilden. Nicht einmal zu Gunsten der Landwirthschaft hat dieser Zustand gebrochen werden können und ist auch nicht zu erwarten, daß dies in Zukunft erfolgt, weil die Mitglieder Fürstlicher Regierung ausschließlich als Juristen ausgebildet sind und auch nicht ein einziges Mitglied dieser Behörde vor dem Eintritt in diese selbstständig als Verwaltungsbeamter thätig gewesen oder als Landwirth, Volkswirth, oder National-Oekonom oder Finanzmann erzogen. Die Tausende von Zieglern könnten in ihrer schönen Heimath reichliches und gutes Auskommen finden, wenn der Bann veralteter Zustände von den Kräften des Landes genommen und wenn die Landesmittel zum Baue von Eisenbahnen, Schulen und anderen allgemein nützlichen Instituten verwandt würden. Leider ist in dieser Richtung noch wenig geschehen und läßt sich aus der verflossenen Regierungszeit Sr. Durchlaucht nicht die Hoffnung schöpfen, daß uns die Zukunft hier weiter bringen werde. Sr. Durchlaucht hat verschiedene Gelegenheit, bei den Industriellen

des Landes sein Ansehen zu vermehren, unbenutzt gelassen. Als z. B. im Jahre 1881 die Gewerbeausstellung in Detmold gehalten wurde, lehnte Sr. Durchlaucht nicht allein das Protektorat ab, sondern reiste am Tage vor der Eröffnung von Detmold ab und kehrte unmittelbar nach dem Schlusse derselben nach Detmold zurück. Sr. Excellenz Eschenburg als Protektor folgte im Wesentlichen dem Beispiele Sr. Durchlaucht. Verschiedene Renovations Arbeiten im Detmolder Schlosse haben die Einnahmen von Nicht-Lippern erheblich vermehrt, Lippische Gewerbe haben davon wenig Vortheil gezogen. Eisenbahn-Projekte hat Sr. Durchlaucht sehr wenig unterstützt. Leider haben sich die Gegensätze in öffentlichen Angelegenheiten in den letzten Jahren geschärft und die zeitigen Beamten der Staatsregierung immer von Neuem höhere Anspannung der Landeskkräfte im Interesse der Beamten gefordert. Die Beamtengehälter sind erheblich verbessert, ein eigenes Landgericht ist eingerichtet und dadurch eine ganz bedeutende Vermehrung der Ausgaben ohne dringendes Bedürfnis, ja mit Nachtheilen für die Rechtspflege herbeigeführt und unausgesetzt verlangt der Kabinetts-Minister neue Beamte und immer mehr Ausgaben für die Verwaltung. Namentlich für das Kabinetts-Ministerium werden neue Mittel verlangt und diese Forderung wird mit der Behauptung begründet, der zeitige Chef der Behörde sei nicht im Stande, sämtliche ihm obliegende Arbeiten zu bewältigen. Es heißt in der Etats-Begründung von 1881/82:

„Zur Anlage 5 A 2.) Die Geschäfte des Kabinetts-Ministeriums mehren sich von Jahr zu Jahr, und der Vorstand dieser Behörde, welcher seit einigen Jahren gegen früher, wo die Geschäfte unter drei Beamten vertheilt waren, allein die Verwaltung führt, und zugleich durch seinen Dienst als Präsident der Regierung sehr stark in Anspruch genommen wird, bedarf der Beihülfe eines juristisch gebildeten Beamten. Zudem muß der Kabinetts-Minister, welcher nach einer neuerdings getroffenen Einrichtung denjenigen Berathungen des Bundesrathes, welche die wichtigeren Angelegenheiten betreffen, persönlich beizuwohnen hat, in seinen hiesigen Geschäften demzufolge häufiger als bisher vertreten werden, und zwar durch einen mit den Ministerialsachen vertrauten Beamten. Ein Beamter, welcher die hierzu und zu einer sachkundigen Hülfe erforderliche Qualifikation besitzt, wird sich zur Uebernahme der fraglichen Stelle nur dann bereit finden lassen, wenn ihm dasjenige Gehalt zugesichert wird, welches der Normal-Stat für die Staats-Beamten den Regierungs-Räthen gewährt, also von 2400 Mark bis 6000 Mark. Einstweilen ist der Durchschnitt dieses mit 5100 Mark in den Etat eingestellt.“

Für 1883/84:

„(Zu Anlage 5 A 2.) Bereits bei Vorlage des Stats für die Finanzperiode von 1881 und 1882 war für einen Rat im Kabinetts-Ministerium die Bewilligung eines Durchschnittsgehaltes von 5100 Mk. beantragt, vom Landtage aber abgelehnt, da sich nun seit jener Zeit durch die Erfahrung noch mehr wie bisher herausgestellt hat, daß eine ordnungsmäßige Erledigung der noch immer zunehmenden Geschäfte bei der jetzigen Anzahl der theilweise schon bejahrten Regierungsbeamten und auch bei der jetzigen Einrichtung nicht möglich ist, ohne die Beamten zu überbürden und ihnen die Zeit zur weiteren Fortbildung zu nehmen, welche bei den immer von Neuem ins Leben tretenden Einrichtungen und Gesetzen durchaus erforderlich ist; so sieht die Staatsregierung sich zu wiederholter Einstellung des obigen Gehalts genöthigt.“

Der Landtag ist diesen Forderungen mit Energie und großer Majorität entgegengetreten. Es ist an sich befremdlich, wenn eine einmal bestimmt abgelehnte Forderung wiederum in den Stat aufgenommen wird. Der Landtag war hier in der Lage, seine Ablehnung treffend begründen zu können, und hat dies auch in überzeugendster Weise gethan. Der kleine Staat jeuzt unter einer drückenden Steuerlast und steigt das Budget in ganz erschreckender Weise.

1868 betrugen die Kosten der Landes-Verwaltung und Justizpflege 49,754 Thlr. 1 Sgr. 3 Pfg.;

Die Gehalte der Kirchen- und Schuldiener 9628 Thlr. 6 Sgr. 9 Pfg.

Zu diesen Zahlen sind in der Proposition, betreffend die Trennung des Staatshaushalts vom Domanial-Haushalte, folgende Worte zu lesen:

„Dabei kommt noch in Betracht, daß die Erträge aus dem Sporteln- und dem Gewerbergel, namentlich mit Einführung einer allgemeinen Gewerbe-Ordnung und einer gleichmäßigen Besteuerung der Gewerbe auf dem platten Lande und in den Städten erheblich erhöht und dagegen die Kosten der Justiz und Verwaltung eingeschränkt werden können.“

Im Stat 1881 und 1882 wurden für die Landesverwaltung allein gefordert 155,386 Mk. bezw. 154,636 Mk.;

für die Justizverwaltung 1881: 179,310 Mk.; 1882: 179,685 Mark;

Verwaltung des Inneren 550,35 Mk.;

Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Sachen 318,592 Mk.

Die Zusammenstellung der Ausgabe ergab folgendes Resultat:

Tit.	A u s g a b e.	1880 <i>M.</i>	1881 <i>M.</i>	1882 <i>M.</i>
I.	Finanz-Verwaltung	215393	225102	225102
II.	Verwaltung für Handel, Gewerbe und öffentl. Arbeiten	161060	117314	128364
III.	Landes-Verwaltung	131294	155386	154636
IV.	Justiz-Verwaltung	174705	179310	179685
V.	Verwaltung des Innern	57490	55573	55035
VI.	Verwaltung der geistlichen, Unterrichts- u. Medizinal-Angelegenheiten	302824	340922	318592
VII.	Militär-Verwaltung	2120	2080	2080
	Summa der Ausgabe	1044886	1075687	1063494
	A b s c h l u ß.			
	Summa der Einnahme	1026513	984248	976248
	Summa der Ausgabe	1044886	1075687	1063494
	Defizit	18373	91439	87246

Wenn der Landtag bei solchen Zahlen Einschränkung der Ausgaben und Verminderung der Zahl der Beamten forderte, so müßte dies an sich natürlich und um so mehr gerechtfertigt erscheinen, als frühere Prophezeiungen der Staatsregierung so wenig in Erfüllung gegangen, als Aussichten vorhanden waren, daß die Einnahmen sich vermehren würden. Im Gegentheil waren während des allgemeinen Krachs die Einnahmen der Ziegler um 30 bis 40 pCt. zurückgegangen und die Verhältnisse der Landwirthe gerade 1880 sehr ungünstige. Die Bevölkerung entbehrte der Vortheile der neuen Reichsgesetze, der Segnungen günstiger Eisenbahnverbindungen und anderer wichtiger und zum Gedeihen der Volkswohlfaht unentbehrlicher Einrichtungen. Der Druck der Kleinstaaterei hielt Lippe nieder und der nationale Aufschwung des Reichs hob es nicht empor.

So standen die Dinge, als die Forderung großer Ausgaben für neue Beamtenstellen wiederholt wurde und so stehen sie noch heute. Eine Milderung scheint unvermeidlich.

Im gewöhnlichen Leben folgt der Zahlungseinstellung ein entscheidender Akt, der zur Wirthschaft unfähige Landwirth zieht auf die Leibzucht, der Handwerksmeister tritt sein Geschäft ab, wenn ihm die ordnungsmäßige Erledigung seiner Pflichten und Geschäfte nicht möglich ist. In Lippe sollen andere Grund-

sätze zur Anwendung gebracht werden. Weshalb? Ist das Kabinetts-Ministerium oder dessen zeitiger Chef unentbehrlich für den lippischen Staat? Beides kann nicht möglich sein.

Vor dem Schöpfer dieser Behörde, dem genialen Staatsmann Dr. Laurentius Hannibal Fischer, bestand nur eine Regierung und waren die Geschäfte stets, auch wenn alternde Beamte an der Spitze der Behörde standen, so erledigt, daß Lippe früher zu den best verwalteten Staaten gezählt wurde. Unter der Fürstin Pauline war Lippe im deutschen Reiche berühmt wegen der Pflege des Staatswohles, vieler nützlicher Staats-Institute, der Künste und Wissenschaften und es dauerte das Verhältniß bis zum Jahre 1848 fort. Erst von hier ab und namentlich nach der Einrichtung des Kabinetts-Ministeriums schwand der Vortheil der Kleinstaaterei und die Schattenseiten traten immer mehr in den Vordergrund. Dies ist auch so natürlich, wie nur etwas sein kann. Die kleinsten Kleinstaaten danken ihre Existenz der Feindschaft der Deutschen gegen Konzentration der gesamten Verwaltung und sind Kinder der deutschen Individualität, welche freieste Entfaltung jedes Individuums, größte Selbstbestimmung und weitgehendste Autonomie für seine einzelnen Glieder, Gaue, Kreise, Provinzen u. s. w. fordert; der Deutsche ist so sehr Feind aller Konzentration und typenhafter Entwicklung, daß er wegen der Freiheit die Einheit oft vernachlässigt hat. Nur in großen, gewaltigen Zeiten ist es bedeutenden Männern mit unendlicher Mühe gelungen, der Einheit die ihr gebührende Geltung zu verschaffen.

Das Fürstliche Kabinetts-Ministerium ist nun das Sinnbild höchster Konzentration aller Verwaltung und der unerbittlichste Gegner der deutschen Individualität. Diese der Person ihres Schöpfers ganz genau angepasste Behörde hat die Thätigkeit der Regierung vollständig in den Schatten gestellt und dieser jeglich erfolgreiche selbstständige Thätigkeit unmöglich gemacht. Der Kabinetts-Minister entscheidet in allen wichtigen Fragen in letzter Instanz und greift nach den Vorgängen der Vergangenheit in alle Zweige der Verwaltung ein. Ihm ist überall der höchste Einfluß gegeben und lediglich von dem Willen seiner Person hängen außerordentlich wichtige Dinge ab. Es ist gewiß der Kabinetts-Minister, der mit größter Machtfülle in seinem Wirkungskreise ausgerüstete Beamte in allen Kultur-Staaten und nur in despotisch verwalteten Ländern eine ähnliche Stelle zu suchen. Die Grundsätze dieses Beamten sind in den kleinsten öffentlichen Fragen entscheidend und dulden keine selbstständige unabhängige Handlung neben sich. Wenn es dem Kabinetts-Minister beliebt, müssen der erste Diener des Staates, der Kirche, der Schule, der Gemeinden und der letzte

Subaltern-Beamte von ihrer Stellung weichen, es kann Niemand seinem Einflusse auf die Dauer widerstehen.

Bei einem sozusagen höchst persönlichen Regimente kommt ein auf ständiger Entwicklung beruhendes System der Staatsregierung nicht zur Geltung. Gerade in einer Kollegial-Behörde ist eine systematische Ausbildung bestimmter Grundsätze Nothsache und war bis 1850 dies in der Regierung bekanntlich der Fall. Die Beamten waren erzogen nach den Lehren der Fürstin Pauline, welche ihnen Folgendes vorgeschrieben hatte:

„Und so leisten wir dann vorzüglich Unserm eigenen Herzen Genüge, indem Wir hiemit sämtliche Staatsdiener unbedingt anweisen und es ihnen zur ernstlichen Pflicht machen, bei ihren Anträgen und Beschlüssen nicht etwa Unser und Unserer Nachkommen einseitiges Interesse zu bezwecken, sondern das bei einem gewissenhaften Regenten ohnehin damit genau verbundene allgemeine Beste des Landes unausgesetzt zu berücksichtigen und in scheinbaren Kollisionsfällen das eine wie das andere in gehöriges Licht zu setzen.“

Schon obige Vorgänge bekunden, daß das „einseitige Interesse“ oft mehr in den Vordergrund getreten ist, als früher. Es ist indes nach der Natur der Dinge unvermeidlich, daß je mit dem Wechsel der Kabinetts-Minister andere persönliche Ansichten sich Geltung verschaffen. Die Gegensätze der Anschauungen waren oft sehr schroffe und diese unvereinbar mit den Ansichten der Regierung. Ein Blick auf die Reihenfolge der Kabinetts-Minister bestätigt dies und es ist ja Thatsache, daß die Regierung sich oft im erbitterten Kampfe mit den Kabinetts-Ministern befunden hat. So viel bekannt, hat dieser meistens gesiegt, nur Dr. Hannibal Fischer mußte wegen seiner berückichtigten Fehltritte weichen.

Thatächlich sind die Verhältnisse des kleinen Staates dann auch der Art, daß sich Alles um die Person Sr. Excellenz des Kabinetts-Ministers in öffentlichen Dingen dreht. Sr. Durchlaucht tritt gegen den Glanz der Macht dieses Beamten fast in den Schatten und die einstigen zahlreichen Vertrauenspersonen unter den angesehensten reichsten Männern des Landes kommen selten in die Nähe Sr. Durchlaucht. Es ist hinlänglich bekannt, daß mehrere angesehene Männer von Beamten beleidigt und, trotzdem ihnen Genugthuung verweigert ist, obendrein noch verleumdet sind. Diese an sich treuen Charaktere und warmen Freunde des Vaterlandes bleiben dem Hofe fern und damit gelangen auch ihre Ansichten, sowie diejenigen der Bevölkerung nicht zur Kenntniß Sr. Durchlaucht. Es standen zu allen Zeiten die Adelligen des Landes dem Landesherrn mit Rath und That zur Seite und war der Einfluß derselben oft sehr groß und in

sofern von größter Bedeutung, als die Ansichten weiterer Kreise dadurch am Hofe bekannt wurden und den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen werden konnte. Mit einer konsequenten Konzentration der Verwaltung scheint ein derartiges Verfahren nicht vereinbar zu sein und es halten sich tüchtige, allgemein beliebte, wegen ihres Gemeinfinns geachtete Männer vollständig fern vom Hofe.

Nach meiner Ansicht ist die Aufhebung oder grundsätzliche Veränderung des Kabinetts-Ministeriums eine der ersten Aufgaben der Zukunft. Die Aufhebung scheint das zweckmäßigste Mittel zu sein, sicherlich müßte die Regierung vollständig selbstständig die Verwaltung und besonders die richterliche Thätigkeit in der Verwaltung besorgen. Es ist die richterliche Thätigkeit der Verwaltungsbeamten eine der wichtigsten für die Entwicklung eines Staates und durchaus nothwendig, daß diese von unabhängigen Männern gehandhabt wird. Die Lippische Verwaltungs-Jurisdiktion ist höchst mangelhaft und leidet in erster Linie an einer strengen Gliederung in erste und zweite Instanzen und dann daran, daß das Kabinetts-Ministerium überall als letzte Instanz sich nach Belieben geltend machen kann. Selbst Juristen streiten sich oft darüber, ob es eine Revision oder Refurs gegen Entscheidungen der Regierung giebt oder nicht und scheint auch das zeitige Kabinetts-Ministerium sich keineswegs klar über seine Stellung zu sein, wie durch zwei von mir veröffentlichte Entscheidungen nachgewiesen wird. Eine selbstbewußte erfolgreiche Thätigkeit kann nun ein Gerichtshof bekanntlich nur dann entwickeln, wenn er sich über seine Aufgaben vollständig klar und wenn er unabhängig ist. In der gesamten Verwaltung zeigt sich der seltene Mangel an Klarheit und Bestimmtheit und es ist z. B. keineswegs entschieden, daß die Regierung die in der Gesetzgebung den Staat repräsentierende Behörde oder die Exekution sei, oder ob diese dem Kabinet zu- steht. Gesetzlich sind diese Fragen nicht geordnet. Das Kabinetts-Ministerium ist als Behörde vom Landtage bis dahin nicht genehmigt und beruht auf einseitiger landesherrlicher Verfügung. Auch ist der Landtag bis dahin nicht über die Wirkungskreise der Behörde zur Mitwirkung und Berathung herangezogen, trotzdem dies nothwendig und geradezu unvermeidlich erscheint. Ist es nicht seltsam, daß Gehalt für Beamte gefordert wird, deren staatliche Existenz nicht einmal feststeht?

Die im Herbst dieses Jahres bevorstehenden Landtagswahlen haben mit Rücksicht auf Obiges eine besondere Bedeutung und es liegt im Interesse der Bevölkerung, daß obige Fragen möglichst bald klar gestellt werden.

In den vielen in den letzten Jahren von mir geführten

Kämpfen hat sich mehr und mehr die Ansicht bei mir befestigt, daß gerade in unserem kleinen Staate die Nachtheile der Kleinstaaterie die Lichtseiten dieser mehr in den Schatten stellen als gut und dem wahren Verhältnisse entspricht und daß alle Glieder des Staates die Schuld an diesem Zustande tragen. Der seit einem Menschenalter zwischen Bevölkerung und Staatsregierung geführte und zur Zeit nur unter der Asche brennende Kampf ist ein unnatürlicher und verderblicher und darf keiner der Parteien ausschließlich zur Last geschrieben werden. Die Bevölkerung trifft immerhin der Vorwurf, daß sie nicht längst energisch ein Ende des Kampfes herbeigeführt und daß sie in Zeiten der Gefahr ihre Krieger nicht genügend unterstützt, ja ihnen Nahrung verweigert hat. Der Grund dieses Verhaltens der Bevölkerung erklärt sich wesentlich daraus, daß gerade in den kleinen Staaten mehr abhängige Menschen sind, als in größeren Gemeinwesen. Die Zahl der wirklich Unabhängigen ist gering und hat eine schwere Stellung gegenüber dem Heere der Beamten und deren Gefolge, den Mitteln des großen Grundbesitzes des Landesfürsten, des Staates, der Kirchen, Schulen u. s. w., den verlockenden Ehrenposten, Titeln u. s. w. Es dreht sich jede Person um ihr eigenes Ich und die Selbstsucht führt die Mehrzahl der Menschen dahin, wo sie die beste Aussicht auf Befriedigung zu finden hofft. Die geistig und materiell Unabhängigen der kleinen Staaten sind gering an Zahl und dabei der Regel nach uneinig, weil sie sich nicht um ein bestimmtes Ziel scheren. Das Interesse am öffentlichen Leben war in den letzten Jahren mehr auf die Entwicklung des Reiches konzentriert und boten die kleinen Staaten deshalb weniger Anziehendes. Dies diente natürlich dazu, die Macht der Gegner der Bevölkerung zu stärken und sie zu einer Stellung und einer Bedeutung emporzuheben, daß die Fortsetzung des Kampfes dagegen oft ohne Aussicht erschien. Es ist in Folge dessen die Unzufriedenheit der Bevölkerung in den letzten Jahren bis zu einer bis dahin unbekannten Höhe gestiegen und wird diese über kurz oder lang zu einem unvermeidlichen Durchbruche gelangen und dieser unheilvoll für die Selbstständigkeit des Kleinstaates werden, wenn nicht in geeigneter Weise von beiden Theilen, Staatsregierung und Bevölkerung, unseren eigenen Angelegenheiten eine andere Behandlung zu Theil wird.

7790763

Lippische Landesbibliothek



04188935

✓

